

Berliner Tageblatt

Nr. 593

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang

Druck und Verlaß von Rudolf Müller in Berlin.

Geipel über den Wiederaufbau.

Besuch am Ballhausplatz.

Wien, im Dezember

T. W. Der österreichische Bundeskanzler Geipel wird, aus sachlichen Gründen von den Sozialdemokraten scharf bekämpft. Er wird aus weniger sachlichen Gründen schlecht behandelt von allerlei plötzlich aufgeschossenen, geschicht gemachten Amüsierblättern, die ähnlich wie bei uns so zahlreiche nationale Odelorgane, ihr Gift auf alle Sanierungsversuche speien. Es scheint indessen nicht, daß diese Polemik, die immerhin wichtiger als die reichsdeutsche ist, tiefe Spuren hinterläßt. Besonders in den bürgerlichen Schichten ist Geipel heute entschieden populär. Personen aus den verschiedensten Berufsständen, Kaufleute, Professoren, Schriftsteller, Künstler, Aerzte, tragen den Fremden: „Sie waren bei Geipel — wie hat er Ihnen gefallen?“ Und es ist unverkennbar, daß eine günstige, eine sehr günstige Antwort erwartet wird. Man ist stolz darauf, einen solchen Staatsmann zu besitzen, und bezweifelt, daß alle ringenden Völker so ausgezeichnete behütet seien. Die Einkichtigen wissen natürlich, daß die Bodenverhältnisse ungemünz verschieden sind, und daß auch die Frucht der stärksten Säme von Wind und Wetter abhängig bleibt.

Geipel hat nicht nur die fremden Kredite und die fremde Kontrolle ins Land gebracht. Man konnte bald sehen, daß er auch eigene Werte besaß. Er ist in der letzten Kriegperiode aus der schattigen Stille des geistlichen Lebens aufgetaucht. Er hatte als Führer der religiösen Moral gewirkt und durch Reden und Schriften sich jenem passivistischen Merkantilismus genähert, der nach der Kronbesetzung Karls in den Vordergrund trat. Nach dem Kriege wurde er Führer der Christlichsozialen Partei, die mit den Sozialdemokraten um die Regierungsmacht stritt. Die letzten Wahlen haben abermals bewiesen, daß nur diese beiden großen Parteien in Oesterreich herrschen können und daß es hier für die Großdeutschen, die bürgerlichen Demokraten und vor allem für die völlig zerrumpelten Sozialisten keine auskömmlichen Weidplätze gibt. Man weiß, wie Geipel, nachdem er die Regierung übernommen hatte, die Anstaltskühe, der keine nahe Verwirklichung beschieden sein konnte, in den Reliquienanspruch legte, Verhandlung mit dem Völkerbund suchte und dann, mit den nötigen Mitteln ausgestattet, eine Reformpolitik begann. Er mußte auch die einzelnen Länder Oesterreichs, Tirol, Kärnten, Steiermark, deren Gemeinschaftsgefühl ein wenig gelitten hatte, und deren Sympathien für das „Ranb“ Wien nicht gänzlich waren, wieder enger zusammenbringen, und man darf wohl sagen, daß ihm dabei sein geistliches Kleid nicht unerschütterlich half. Dieser regierende Prälat im schwarzen Priesterrock — und beim Katholikentag, der die Abgeordneten aus allen Teilen Oesterreichs vereinigte, kam er im lila Gewande — erscheint dem Auge und dem Gemüte als eine Verbindung von Neuzeit und Tradition. Es besteht keine Disharmonie zwischen ihm und den allen Vorfällen, in denen er sich bewegt. Er ist, ohne auffällige Heftigkeit, klavisch, klavisch und kräftig, und das schwarze, einreihig geknüpfte Priesterkleid umspannt straff eine breite Brust. Das feste, nicht faltige Kinn ruht auf dem steifen, weißen Kragen, die Farbe des Gesichts ist frisch, die Nase ziemlich groß und ein wenig zugespitzt, zu beiden Seiten der Stirn schimmert übergrau ganz kurz geschüttelter Haarwuchs, die Augen hinter einer goldgerandeten Brille sind außerordentlich klug und lebhaft, und der Eindrud geistiger Freiheit erhöht sich noch, wenn bei irgendeiner Bemerkung, die gar nicht ironisch zu sein braucht, der Mund an den Winkeln sich hinunterzieht. Der Bundeskanzler bewohnt noch immer zwei oder drei Zimmer in einem Kloster, das schon die Klausur des Theologieprofessors gewesen war. Den Tag über regiert er in dem Palast am Ballhausplatz, in dem früher nur die Minister des Neuen ihre Amtstätigkeit ausübten, und dort hat er mich freundlich empfangen.

Ich sagte ihm, wie dankbar man in Deutschland für all die Hilfe sei, die heute zur Vinerung des Glens aus Oesterreich komme, und er entgegnete das alles sei doch nur selbstverständlich, denn Deutschland habe das gleiche für Oesterreich getan. Dann fuhr er fort: „Wir sind durch die Tiefen hindurchgegangen, aber wir haben jetzt wieder den aufsteigenden Weg erreicht. Ich glaube, und ich bin überzeugt, daß die Hilfe Oesterreichs anhalten, daß es so bleiben wird. Wir werden bis zu einer größeren, einer völligen Wendung auf dem Wege, den wir eingeschlagen haben, weitergehen. Die größere Wendung wird nicht so schnell kommen, wie viele bei uns gedacht haben, und wie heute noch mancher in Deutschland denkt. Ich bin im Ausland gewesen und habe viel gesehen. Die Meinung, es werde schnell zu einem Umsturz kommen, halte ich für eine Illusion. Darum haben wir uns gesagt, daß wir uns zunächst auf dem Boden der gegenwärtigen Tatsachen einrichten müssen, denn die Hauptfrage ist doch immer, daß man zu den Ueberlebenden gehört.“

Nachdem er so, und in noch weiteren Worten, die Ueberzeugung ausgedrückt hatte, daß die Gesundung Oesterreichs fortgeschritten und von Dauer sein werde, fügte er hinzu: „Mir scheint, auch Deutschland ist jetzt aus dem Schlimmsten heraus. Das ist wenigstens mein Eindruck — und er ist hoffentlich nicht falsch.“ Ich schätzte ihm die günstigen psychologischen und wirtschaftlichen Wirkungen, die sich aus der Einführung der Rentenmark ergeben haben, und die Gelndert der Reichsregierung, die geplante scharfe Besteuerung in Verbindung mit der Erhöhung der Mieten, aus

Der zweite Schritt.

Hoersch's neue Unterredung mit Poincaré.

Die französische Taktik.

England für eine Luftabflüßungskonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 24. Dezember.
Die Kommentare der Presse zu dem neuen Schritt Deutschlands sind im allgemeinen vorsichtig, aber nicht unfeindlich. Der „Temps“ behauptet, daß über diese diplomatische Handlung keine Discretion gewahrt worden ist und macht dafür besonders das „Berliner Tageblatt“ verantwortlich, das auf die Unterhaltung bereits aufmerksam machte, ehe noch Herr v. Hoersch im Besitze der ihm übergebenen Instruktionen war. Eine ähnliche Kritik findet sich im „Petit Parisien“; in dieser Zeitung wird verlangt, daß auch über den Inhalt der Unterredung zunächst nichts veröffentlicht werden soll, damit die Schwierigkeiten der Verständigung nicht durch die Zeitungspolemik vergrößert werden. Es wäre nach der Ansicht des „Petit Parisien“ vielleicht besser gewesen, das Terrain in unverbindlichen Gesprächen mit dem Beamten des Quai d'Orsay vorzubereiten und nicht gleich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré hinzulenken. Diese Bemerkungen sind nicht ganz verständlich. Deutschland hat ein starkes Interesse daran, der Welt zu beweisen, daß auf deutscher Seite alles geschieht, um zu einer Verständigung zu kommen. Deutschland hat auch nichts zu verbergen, weder in seinen Angeboten noch in seinen Ansprüchen. Der betonte Wunsch nach Discretion wird gerade in der französischen Presse sehr auffällig, die gewöhnlich nur die Dinge verschweigt, welche nach dem Wunsch der Regierung das französische Publikum nicht erfahren soll. Betrachtungen von dieser Art und Tendenz können die gewünschte „Reinigung der Atmosphäre“ nicht herbeiführen. Es ist deshalb besser, ähnliche Aeußerungen anderer Blätter zu übergehen und nur kurz zu erklären, woher dieses merkwürdige Mißtrauen gegen die deutschen Absichten kommt. Die französische Ansicht war, daß die Reichsregierung sich mit der Fortsetzung der Unterhaltung hätte sich nicht so sehr beeilen würde. Die Situation in Deutschland hatte sich nach den Berichten der französischen Presse etwas gebessert. Die Aenderung der Regierung in England konnte den deutschen Wünschen nur vorteilhaft sein und es wäre deshalb verständlicher gewesen, wenn der Kanzler Marx und der Außenminister Stresemann noch etwas gemerkt hätten, bis die Stunde günstiger wird. Nachdem diese Erwartung getäuscht hat, sucht man in Paris nach Gründen für die deutsche Taktik. Im „Journal“ werden diese Gründe offenbar. Wenn Deutschland jetzt seinen Wunsch durchsetzt, im Rheinland und im Ruhrgebiet wieder mitzureden zu dürfen, dann ist die Tür zu den internationalen Verhandlungen über die ganze Reparationsfrage geöffnet. Scheitert diese Absicht aber an dem Willen Frankreichs, dann weiß die kommende englische Arbeiterregierung bereits vor dem Beginn ihrer politischen Tätigkeit, daß die Trennung der besetzten Gebiete von dem übrigen Deutschland noch weiter bestehen soll, und

sie kann dann die neue Politik beginnen, über die der Arbeiterführer Tom Shaw in Berlin gesprochen haben soll.

Der „Matin“ erklärt ebenso wie der „Temps“, daß die Haltung der französischen Regierung in dem Satz der Sonntagsrede angedeutet sei, der von der Reichsregierung spricht, alle Arten der Regelung in Betracht zu ziehen, welche die Zahlungen beschleunigen und sichern könnten. Die französische Regierung sei bereit, sich über die wirtschaftliche Reorganisation des Ruhrgebietes zu verständigen. Aber sie werde über keinen Antrag diskutieren, der den französischen Einfluß im besetzten Gebiet beschränken könnte. Wenn es Berlin wünscht, daß die Verhandlungen zu einem guten Ende führen, dann müsse sich die Reichsregierung davor hüten, die von Frankreich gezogenen Grenzen der Verhandlung zu überschreiten. Hierbei sei es nicht notwendig, Ausforderungen durch politische Manöver zweifelhafter Art zu gefährden. Der „Matin“ spricht in diesem Zusammenhang von zwei „ebenso merkwürdigen wie ungeschickten Initiativen“. Zunächst wird die deutsche Antwort auf die Kammerrede kritisiert, wie sie in einer amtlichen Note des Wolffsteins Telegraphenbureaus mitgeteilt worden ist. Der zweite Fall, über den das „Temps“ geltend einen Retrospekt veröffentlicht hat geht die Engländer an. Der Unterstaatssekretär im englischen Luftfahrtministerium, Herzog von Sutherland, hat beim Präsidenten Coolidge anzuregen verlangt, eine internationale Konferenz zur Begrenzung der militärischen Rüstungen für die Luftflotte einzuberufen. Der Präsident Coolidge hat geantwortet, der Augenblick sei für eine solche Konferenz nicht gut gewählt. Dieser englische Schritt der ohne Benachrichtigung Frankreichs unternommen worden ist, hat die Franzosen sehr verstimmt. Der „Temps“ nennt das Vorgehen Englands eine „diplomatische Operation“ gegen Frankreich, und der „Matin“ sagt, daß dieser „indirekte Versuch, das Reich zu untergraben, die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin erschweren müsse“.

Wie wir glauben annehmen zu dürfen, wird sich der Schritt, den der deutsche Geschäftsträger v. Hoersch heute bei Poincaré unternimmt, auf den mehrfach erwähnten Modus vivendi beziehen, der für das besetzte Gebiet die Möglichkeit eines neuen Auflebens schaffen könnte. In erster Linie werden drei Punkte angeschnitten werden müssen, auf die sich künftige Besprechungen zu erstrecken haben. Zunächst handelt es sich darum, die deutsche Verwaltung wieder einzurichten. Zweitens wird man sich darüber klar werden müssen, wie diese Verwaltung arbeiten soll, und wie die Erhebung von Steuern so bald wie möglich in die Tat umgesetzt werden kann. Schließlich wird die Reichsregierung nicht darauf verzichten, auch Besprechungen über die Aufhebung der Erleichterungen im Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet einzuleiten. Richtlinien betreffs der Erörterung dieser drei Punkte dürften den Hauptinhalt der an Herrn v. Hoersch weitergegebenen Instruktionen bilden.

der eine neue Verleuerungsperiode herbeizuführen droht. Er wies darauf hin, daß in Oesterreich Steuern dieser Art Sache der einzelnen Länder, also auch des Landes Wien seien, und meinte, die Verneuerung der Steuerlasten sei, abgesehen von Anleihen, die auch nur ein Augenblicksbefehl blieben, in solcher Lage das einzige Mittel, das Wälder müßten da eben hindurch, Sie machte ihn darauf aufmerksam, daß man in Wien, in den Läden und bei den Behörden, die Rentenmark zurückweise, während man das deutsche Papiergeld bereitwillig annehme, und erwähnte den Beschwörerbrief eines Reichsdeutschen, der gerade in einer Wiener Zeitung erschienen war. Er entgegnete, diejenigen Wiener, die keine Rentenmark annehmen wollten, seien offenbar noch ungenügend informiert. Dann entwarf er in klarer Rede eine Schilderung der Reformen, die unter seiner Regierung in Oesterreich schon durchgeführt worden sind, und derjenigen, deren Verrücktheit jetzt beginnt. Indem er, mit einer Kanzlerenergese, beide Hände ausgestreckt vor sich wie parallele Wände aufstellte, so daß der äußere Rand des linken Fingers auf der Tischplatte ruhte, sagte er ungefähr:

Wir brauchen keine neuen Steuern zu schaffen, um die sechshundert und vierzehn Milliarden der Verschuldeten und Telegraphisten gelöst hat. Diese Summe wird durch die Abgabenteilungsmasse, durch die Verminderung der Zuschüsse, die wir den einzelnen Ländern geben, aufgebracht. Als ich die Frage darwischen warf, ob das nicht wiederum die Rechnung der Länder durchlöcher, wehrte er ab. „Nein, den meisten Ländern geht es heute gut. Die Neuordnung des finanziellen Verhältnisses zwischen der Bundesregierung und den Ländern war eine erste Etappe, die jetzt hinter uns liegt. Die Zuschüsse werden nach dem Wiederaufbau in jedem Jahre vermindert und dadurch wird eine methodische Besserung der Finanzlage erzielt. Die zweite Etappe war der Abbau der Beamtenlasten.“

den, zwischen denjenigen, die überflüssig, und denjenigen, die schwerer zu entbehren sind. Der sehnprachige, alte Staat hat in Wahrheit eine deutsche Beamtenschaft gehabt. Es ist klar, daß die neu gebildeten, von Oesterreich losgetrennten Staaten diese Beamten nicht verwenden wollten, und all diese Menschen, die von Triest, aus der Tschechoslowakei oder anderswoher kamen, strömen zusammen wie in einem großen Reservoir. Sie zu entlassen, war verhältnismäßig leicht, wenn es natürlich auch nicht ohne Opfer ging. Wir mußten ihnen Entschädigungen und Pensionen zahlen und eine Ersparnis haben wir vorläufig damit nicht erreicht. Schwieriger wurde es, als der Abbau der Beamten begann, deren Tätigkeitsgebiet das heutige verkleinerte Oesterreich war. Hier war eine Verminderung der Beamtenschaft nur möglich durch die Lösung unserer dritten Aufgabe, der Verwaltungsreform. Die Verwaltung, die ich vorband, stammte aus einer anderen Zeit und war den modernen Bedürfnissen nicht mehr angepaßt. Sie war nicht demokratisch, sondern bürokratisch organisiert. Ich habe zunächst die Ministerien zusammengelegt. Bundeskanzleramt, Neuhofes, Inneres und Justiz wurden in einen gemeinsamen Rahmen gebracht. Natürlich läßt sich das nur machen, wenn diese einzelnen Verwaltungen nicht räumlich voneinander entfernt, sondern in einem Hause vereinigt sind. Darum stehe ich jetzt nicht mehr in der Herrengasse, sondern hier am Ballhausplatz.“ Ich fragte, ob eine Organisation, die so große Anforderungen an die Arbeitskraft der leitenden Persönlichkeit stelle, nicht etwas sehr auf die breitschultrige Gestalt des heutigen österreichischen Bundeskanzlers zugeschnitten sei. Er antwortete lachend, man solle sich gar nicht in alle Einzelheiten verlesen, er für sein Teil lege vor allem Wert darauf, die politische Führung in der Hand zu behalten, und diejenigen, die ihm geflagt hätten, es werde nicht gehen, hätten sich geirrt.

„Wir sind“, fuhr er fort, „dann an eine andere Aufgabe herangegangen. Wir haben, wie ich glaube, auf eine sehr